

Flassbeck, Heiner; Scherement, Wolfgang

**Working Paper — Digitized Version**

## Gespaltener Arbeitsmarkt im vereinten Deutschland

DIW Discussion Papers, No. 25

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Flassbeck, Heiner; Scherement, Wolfgang (1991) : Gespaltener Arbeitsmarkt im vereinten Deutschland, DIW Discussion Papers, No. 25, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/95794>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Diskussionspapiere  
Discussion Papers

Diskussionspapier 25

**Gespaltener Arbeitsmarkt  
im vereinten Deutschland**

von  
Heiner Flassbeck und Wolfgang Scheremet

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers und nicht in der des Instituts.

Opinions expressed in this paper are those of the author and do not necessarily reflect views of the Institute.

Diskussionspapier 25

**Gespaltener Arbeitsmarkt  
im vereinten Deutschland**

von  
Heiner Flassbeck und Wolfgang Scheremet

Berlin, im Juni 1991

## I Einleitung

Die wirtschaftliche und die politische Vereinigung Deutschlands sind formal vollzogen. Die Lebensbedingungen der Menschen in beiden Teilregionen Deutschlands haben sich dank massiver Finanztransfers von West nach Ost angenähert, auch wenn die Kluft noch groß bleibt. Zwar ist Deutschland noch weit vom Endziel der politischen Vereinigung, der Gleichheit der Lebensverhältnisse, entfernt, doch kann Solidarität des Westens hier viel bewirken. Gleichwohl bleibt Deutschland wirtschaftlich tief gespalten. Diese Spaltung manifestiert sich am Arbeitsmarkt. Hier hat die wirtschaftliche und politische Vereinigung keinerlei Annäherung der Verhältnisse gebracht, sondern den Graben vertieft. Ostdeutschland, wo Vollbeschäftigung über 40 Jahre eines der obersten staatlichen Ziele war, erlebte binnen weniger Wochen einen fast völligen Zusammenbruch des Arbeitsmarktes, während Westdeutschland die beste Arbeitsmarktentwicklung seit Jahrzehnten registrierte.

Einige ausgewählte Arbeitsmarktzahlen verdeutlichen die Dimension der Spaltung. Während im zweiten Halbjahr des Jahres 1990 in Westdeutschland die Zahl der Erwerbstätigen um 800 000 oder 3,1 vH gegenüber dem Vorjahr zunahm, sank die Zahl der erwerbstätigen Personen im Osten Deutschlands um 1,3 Millionen oder um 14 vH. Im verarbeitenden Gewerbe, in dem rund 40 vH der Arbeitskräfte beschäftigt waren, reduzierte sich der Bestand an Arbeitsplätzen um knapp 20 vH. Aufgrund dieses drastischen Abbaus von Arbeitsplätzen in nicht mehr wettbewerbsfähigen Sektoren und Branchen, der nicht mit der Schaffung einer entsprechend großen Zahl von neuen Arbeitsplätzen verbunden war, stieg die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland in kürzester Zeit dramatisch an. Ende April 1991 wurden etwa 840 000 Arbeitslose registriert. Dies entspricht einer Rate von 9,5 vH.

Der Umfang des Beschäftigungseinbruchs läßt sich aber nicht allein mit dem Blick auf die Arbeitslosigkeit abgreifen. Zusätzlich zum Arbeitslosenbestand müssen auch Niveau und Entwicklung der Kurzarbeit, sowie die Besonderheiten

des Arbeitsförderungsgesetzes für das Gebiet der früheren DDR, mit in die Arbeitsmarktanalyse einbezogen werden. Die Kurzarbeiterregelung des Einigungsvertrages sieht vor, daß Kurzarbeitergeld auch dann gewährt wird, wenn ein Auftragsmangel nicht nur vorübergehender Natur, sondern dauerhaft ist, bzw. wenn Entlassungen durch betriebsorganisatorische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Schaffung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vermieden werden können.

Kurzarbeit als arbeitsmarktpolitisches Instrument, die unter diese Regelung fällt, ist daher nicht mit der Kurzarbeit in Westdeutschland gleichzusetzen. Im Gegenteil, diese Kurzarbeit hat mehr den Charakter von Arbeitslosigkeit. Der durchschnittliche Arbeitsausfall der zwei Millionen Kurzarbeiter lag Ende April 1991 bei 56 vH. Im September des vorangegangenen Jahres hatte er noch bei 44 vH gelegen. Während damals noch für 32 vH der Kurzarbeiter die Arbeitszeit um mehr als die Hälfte reduziert gewesen war, belief sich dieser Anteil im April ebenfalls auf etwa 56 vH. Aber nicht nur der durchschnittliche Arbeitsausfall pro Kurzarbeiter stieg, es erhöhte sich auch kontinuierlich die individuelle Dauer der Betroffenheit von Kurzarbeit. So arbeiteten im April bereits 61 vH der Kurzarbeiter länger als 6 Monate verkürzt und für weitere 28 vH dauerte die Kurzarbeit zwischen drei und 6 Monate.

Rechnet man den durchschnittlichen Arbeitsausfall von über 50 vH auf Vollzeit-arbeitslose um, so wäre die Zahl der Arbeitslosen um mehr als eine Million höher anzusetzen. Die so um das Vollzeitäquivalent der Kurzarbeit korrigierte Arbeitslosenquote läge dann im April 1991 bei etwa 22 vH (vgl. Abb. 1).

## II Die wirtschaftliche Entwicklung vor und nach der Währungsunion<sup>1</sup>

Die Entwicklung der Arbeitsmärkte im vereinigten Deutschland sind das Spiegelbild des wirtschaftlichen Gefälles der Gütermärkte zwischen Ost- und Westdeutschland. Die gemeinsame Ursache für diese Entwicklung - auf der einen Seite der stärkste Anstieg der Beschäftigung seit Ende der sechziger Jahre und auf der anderen Seite ein Beschäftigungseinbruch von unvergleichlichem Ausmaß - ist der schon seit langem angelegte Niedergang der Wirtschaft in Ostdeutschland.

Zentral geplante und verwaltete Wirtschaftssysteme sind nur dann funktionsfähig, wenn sie Inflation zulassen bzw. bewußt einsetzen. Diese fundamentale Einsicht liberaler Ökonomen<sup>2</sup> führt zum Kern der Erklärung der überaus schlechten Ausgangssituation der ehemaligen DDR zu Beginn des vergangenen Jahres. Die These Inflation sei ein Grundübel von Planwirtschaften, scheint paradox blieb doch in der Regel in solchen Wirtschaftssystemen das Preisniveau konstant, ja haben die Machthaber doch strikt darauf geachtet, daß nominale Einkommenssteigerungen nicht durch Preissteigerungen entwertet wurden. Das heißt aber nur, daß offene Inflation nicht aufgetreten ist und schließt das Phänomen, das man "zurückgestaute Inflation" nennt, nicht aus. Die Inflationierung der Wirtschaft zeigt sich nicht in steigenden Preisen, aber gleichwohl in "zuviel Geld für zuwenig Güter". Planwirtschaften können ihre Produkte nur absetzen, wenn ein permanenter Kaufkraftüberhang besteht. Dieser Kaufkraftüberhang (Geldüberhang) kann nur entstehen, wenn den in Geldeinheiten ausgezahlten Löhnen

---

<sup>1</sup> Einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung nach der Währungsunion geben:

Akerlof, G.A. und A.K. Rose, J.L. Yellen, H. Hessenius, Vortragsmanuskript für die Konferenz des Brooking Panel on Economic Activity, Washington D. Co, 1991.

Lipschitz, L. und D. McDonald (Hrsg.) German Unification - Economic Issues, International Monetary Fund, Occasional Paper 75, Washington D.C. 1990.

<sup>2</sup> Vgl. z.B. Eucken: Deutschland vor und nach der Währungsreform und F.A. Hayek Vollbeschäftigung, Planwirtschaft und Inflation, in: A. Hunold, Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft, Erlenbach-Zürich, 1951.

und sonstigen Einkommen kein Güterangebot entspricht, das die Haushalte auch nachfragen würden, wenn sie Entscheidungsfreiheit hätten. Da aber die Grenzen geschlossen sind, gibt es keine Entscheidungsfreiheit. Die gemessene Produktivität von Planwirtschaften ist also zwingend falsch, weil sie Produktion mißt, deren Produkte in der angebotenen Qualität und Menge von den Konsumenten nicht nachgefragt würden, wenn Wahlmöglichkeiten bestünden.

Um die Kausalität noch einmal zu verdeutlichen: Weil das planwirtschaftliche System nicht in der Lage ist, auf die Präferenzen der Konsumenten in der nötigen Differenzierung und Menge einzugehen, bzw. Präferenzen zu erzeugen, wie das der Unternehmer in der Marktwirtschaft tut, kann es die qualitativ schlechten und in unzureichender Menge angebotenen Produkte nur verkaufen, wenn ein permanenter Kaufkraftüberhang geschaffen wird. Dieser entsteht durch zu hohe Löhne, d.h. Löhne, die die gemessene Produktivität nicht, die potentielle (marktmäßige) Produktivität aber deutlich übersteigen. Durch die relativ hohen Löhne wird der Eindruck eines relativ hohen Wohlstands vermittelt, der aber, wie ein Blick in die Regale der Kaufhäuser zeigte, tatsächlich nicht existiert. Das ist die spezifische Form von Geldillusion, mit der Planwirtschaften operieren.

Die Verwirklichung dieser Illusion hat einen hohen Preis. Da die hohen Reallöhne nicht nur in der Form hoher Nominallöhne, sondern ganz massiv auch durch das künstliche Niedrighalten der Preise mit Hilfe von Subventionen ("zweite Lohntüte") realisiert werden, kommt es zu enormen Allokationsverzerrungen in Form von Verschwendung von Energie, Wasser und Lebensmitteln beispielsweise oder den täglichen Warteschlangen und der Hortungsmentalität der Käufer. Noch entscheidender aber ist, daß die Volkswirtschaft dieses permanente "über die Verhältnisse leben" nur mit einem Substanzverzehr, also mit sinkenden Nettoinvestitionen, erkaufen kann. Der Konsumstandard ist nur hoch, weil darin nicht der Wertverlust an Gebäuden, die Veralterung des Kapitalstocks und die enorme Belastung der Umwelt zum Ausdruck kommt. Erst die Konfrontation mit Marktbedingungen und der Abbau der Subventionierung



zeigten, wie obsolet die sachlichen Produktionskapazitäten sind und wie niedrig der Lebensstandard tatsächlich war.

Mit der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 wurde der Eindruck erweckt, als sei die Umstellung aller laufenden Transaktionen, also auch der Löhne, zu einem Kurs von 1:1 wirtschaftlich vertretbar gewesen bzw. von der Solidarität des Westens gedeckt. Gleichzeitig setzte die Politik auf die Freisetzung innerer Dynamik in Ostdeutschland, der Einführung der Marktwirtschaft. Hier liegt die entscheidende Inkonsistenz des politischen Handelns. Ein Weg zur Freisetzung von Marktkräften wäre sowohl über ein niedriges Lohn- und Kostenniveau in Ostdeutschland denkbar gewesen als auch - bei einem höheren Lohnniveau - mit Hilfe ausreichend großer Solidarität im Westen. Gewählt wurde aber ein Weg relativ hoher Löhne in Ostdeutschland, ohne für eine ausreichende Solidarität im Westen zu sorgen. Das heißt, schon mit der konkreten Umsetzung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde implizit die Entscheidung getroffen, die wirtschaftliche Vereinigung um den Preis der Spaltung der Arbeitsmärkte durchzuführen. Mit anderen Worten, den Großteil der Kosten der Anpassung müssen - wieder einmal - die Arbeitslosen tragen, während die Gesellschaft als Ganzes mit marginalen Einschränkungen ihres Lebensstandards davonzukommen versucht.

Der zentrale Denkfehler vieler Politiker war sicherlich die allzu schlichte Übertragung der Erfahrungen mit der Währungs- und Wirtschaftsreform von 1948 in der Bundesrepublik auf die Verhältnisse in Ostdeutschland. Viele glaubten, schon durch die Einführung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen - ganz unabhängig von deren konkreter Ausgestaltung - sei wirtschaftliche Dynamik zu erreichen.

Schematisch gesprochen, die Einführung der Marktwirtschaft würde in einem Diagramm mit einer hypothetischen Angebots- und Nachfragefunktion eine Verschiebung der gesamtwirtschaftlichen Angebotskurve nach rechts bewirken. Das Resultat wären sinkende Preise bei einer gleichzeitigen Ausweitung der

Transaktionsmenge gewesen. Diese naive Vorstellung ist gründlich widerlegt worden. Über den Erfolg der Einführung von Marktwirtschaft und der Öffnung der Grenzen zum Weltmarkt entscheidet in erster Linie die Wettbewerbsfähigkeit, also das relative Kostenniveau, einer Volkswirtschaft.

Der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik während der fünfziger Jahre etwa war der Exportsektor, dessen Expansion durch eine unterbewertete D-Mark sowie durch langanhaltende Konstanz der Lohnstückkosten möglich war. Die Einführung der D-Mark, bedeutete implizit einen Wechselkurs von 1:1 für alle laufende Transaktionen zu akzeptieren. Nimmt man den internen Verrechnungskurs der ehemaligen DDR zum Vergleich, ist das mit einer 300-prozentigen Aufwertung der Währung für das Wirtschaftsgebiet Ostdeutschlands gleichzusetzen. Die Auswirkungen dieses Aufwertungsschocks waren lehrbuchgemäß. Die erheblich verbilligten Importgüter lösten einen Importsog aus. Exportgüter konnten wegen zu hoher Preise und/oder unzureichender Produktqualität weder auf den Inlandsmärkten noch auf den Auslandsmärkten abgesetzt werden. Auch im Handel Ostdeutschlands mit den früheren RGW-Ländern, dem vielfach eine Pufferfunktion zur Abfederung der Struktur- anpassung zugewiesen wurde, konnten keine weiteren Erfolge erzielt werden. Durch die Umstellung der Abrechnung von Transfer-Rubel auf konvertierbare Währungen wurden die ostdeutschen Produkte auch dort zu teuer.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Ostdeutschland verschlechterte sich zusätzlich durch zweistellige Zuwachsraten der Löhne und Gehälter, die nicht durch entsprechende Produktivitätszuwächse ausgeglichen werden konnten. Kostensenkungsspielräume durch die Verbilligung von Vorprodukten, den Abbau hoher staatlicher Abgaben und die Freisetzung von Arbeitskräften reichten nicht aus oder konnten angesichts des Ausmaßes des Produktionseinbruchs nicht umgesetzt werden. Sogar das Gegenteil trat ein: die Produktivität hat sich im Verlauf des zweiten Halbjahres 1990 erheblich verringert, während die Kosten stiegen. Insgesamt kam es nicht zu der erwarteten Verschiebung der Angebotskurve nach rechts, sondern - durch den Verlust der Inlands- und der Export-

märkte - zu einer Linksverschiebung der Nachfragekurve bei einer gleichzeitigen Verschiebung der Angebotskurve nach links aufgrund der Verschlechterung der Kostensituation. Der Gesamteffekt war eine dramatische Verringerung der im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen. Die Industrieproduktion sank innerhalb eines halben Jahres um 50 vH (vgl. Abb. 2).

Die durch die Transferströme von West nach Ost stabilisierten Einkommen wurden folglich überwiegend im Westen nachfragewirksam. Das reale Bruttoinlandsprodukt Westdeutschlands stieg im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres um 5,5 vH. Dadurch konnte die Beschäftigung im gleichen Zeitraum um 3,1 vH - das sind knapp 800 000 neue Arbeitsplätze innerhalb eines Jahres - expandieren. Das war der sowohl relativ als auch absolut kräftigste Anstieg der Beschäftigung im Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik. Insbesondere die verbrauchsnahen Bereiche, wie die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, das Verbrauchsgüterproduzierende Gewerbe sowie der Handel, profitierten von dem Nachfrageschub aus Ostdeutschland.

### **III Der Pendlerstrom als Scharnier der Arbeitsmärkte in Ost- und Westdeutschland**

Auch wenn sich die beiden Arbeitsmärkte weiterhin auseinanderbewegen, sind die Entwicklungen dennoch nicht unabhängig voneinander. Das Scharnier, das die beiden Arbeitsmärkte verbindet, ist die Arbeitskräftewanderung von Ost nach Westdeutschland. Infolge dieser Wanderung - in Form von echter Migration und durch Pendlerströme - ist es in Zukunft kaum mehr möglich, Strategien für einen Arbeitsmarkt zu entwickeln, ohne die Reaktionen von ökonomischen Variablen des anderen Teilarbeitsmarktes zu berücksichtigen.

Massive Auswirkungen hat diese Migrationsbereitschaft - im weiteren sollen unter Migration sowohl echte Umzüge als auch Pendler subsummiert werden - auf das Niveau der Löhne und Gehälter in Ostdeutschland. Die Migrationsbereitschaft ist innerhalb Deutschlands durch die gleiche Sprache, die relativ

große soziale Akzeptanz der Migranten und durch die äußerst geringen Migrationskosten sehr hoch. Diese hohe Migrationsbereitschaft fällt nun mit äußerst ungünstigen Rahmenbedingungen in Ostdeutschland zusammen.

Die monatlichen Durchschnittseinkommen lagen in Ostdeutschland im Durchschnitt der zweiten Jahreshälfte 1990 bei knapp 1 400 DM und in Westdeutschland bei etwa 3 500 DM. Das durchschnittliche Einkommen lag also in Ostdeutschland bei etwa 40 vH des westdeutschen Niveaus. Nimmt man die erheblich ungünstigeren Arbeitsmarktperspektiven in Ostdeutschland hinzu, ist es nicht verwunderlich, daß es zu ausgeprägten Wanderungsbewegungen von Ost- nach Westdeutschland kommt. Das Ausmaß der Migration quantitativ abzugreifen ist allerdings äußerst schwierig, da die Zahl der Übersiedler seit Öffnung der Grenzen nicht mehr erfaßt wird. Vorläufige Schätzungen gehen für 1990 von etwa 150 000 Personen im erwerbsfähigen Alter aus, die ihren Wohnsitz von Ost- nach Westdeutschland verlegt haben. Hinzu kamen am Jahresende 1990 noch etwa 200 000 Pendler. Diese Abwanderung von Arbeitskräften könnte sich zu einem erheblichen Hemmniss beim Wiederaufbau Ostdeutschlands erweisen, da damit ein wichtiger Standortvorteil des Gebietes der früheren DDR, nämlich das gut ausgebildete Arbeitskräftepotential, gefährdet ist.

Nicht zuletzt auch mit Blick auf diese Abwanderung von "Humankapital" wurden die erheblichen Einkommenszuwächse der vergangenen Monate in Ostdeutschland begründet. Mit diesem Argument, sowie mit dem Hinweis auf die ökonomische Gesetzmäßigkeit, daß auf einem Markt für ein homogenes Gut nur ein einheitlicher Preis möglich ist, wurden Einkommensverbesserungen von 30 vH innerhalb eines Jahres gerechtfertigt (im Durchschnitt des zweiten Halbjahres 1990). Im Jahr 1991 werden die Tariflöhne noch stärker steigen, nämlich um etwa 60 vH.

Die zentrale wirtschaftspolitische Frage ist, ob solche Lohnerhöhungen bei verbundenen Arbeitsmärkten als Marktergebnis interpretiert werden und damit

hingenommen werden müssen. Das wäre dann der Fall, wenn - schematisch gesprochen - das Ausmaß der Mobilität von Arbeit erklären kann, daß das Tempo des Lohnanstieges das Tempo der Produktivitätsentwicklung so wesentlich überschreitet. Wären dagegen diese Lohnsteigerungen nicht Marktergebnis, sondern Ausdruck der Tatsache, daß die Gewerkschaften ein Machtvakuum auf Seiten der Arbeitgeber ausnutzen, muß die Wirtschaftspolitik damit rechnen, daß zusätzliche Hilfen für die Wirtschaft in Ostdeutschland lediglich dazu führen, daß die Gewerkschaften solche wirtschaftspolitischen Maßnahmen - ohne zusätzliche Sanktionen des Arbeitsmarktes befürchten zu müssen - zum Anlaß für eine noch raschere Lohnangleichung nehmen. Bestätigte sich diese Hypothese, wäre weitgehende Abstinenz des Staates angebracht, um diese Lohnanpassungsstrategie über Sanktionen des Arbeitsmarktes zu unterlaufen und die moral hazard-Konstellation für die Gewerkschaften zu beenden.

Letzteres scheint im Verlauf des Jahres 1991 notwendig zu werden, denn die Hypothese, die rasche Angleichung der Löhne von Ost- an Westdeutschland könne als Marktergebnis interpretiert werden, erweist sich bei näherem Hinsehen als nicht stichhaltig. Das reine Marktmodell läßt sich wie folgt skizzieren: Öffnet man die Grenzen zwischen zwei Ländern mit unterschiedlicher Kapitalausstattung, Arbeitsproduktivität und Lohnniveau zu einem Wechselkurs, der die Produktionsniveaus in beiden Ländern gerade stabilisiert, also wettbewerbsneutral ist, dann werden offensichtlich bei mobiler Arbeit Abwanderungen aus dem Niedriglohnland - in das Hochlohnland - einsetzen. Die Wanderung führt dazu, daß in dem Niedriglohnland Arbeitskräfte knapp werden und im Hochlohnland ein Angebotsüberschuß an Arbeit entsteht. Daraus ergibt sich eine Nivellierungstendenz der Löhne (steigende im Niedriglohnland, sinkende im Hochlohnland), die Grenzunternehmen im Niedriglohnland zur Schließung zwingt und im Hochlohnland neue Produktionsmöglichkeiten entstehen läßt. Entscheidend für die Beurteilung dieser Situation ist die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Offensichtlich entsteht infolge der Mobilität von Arbeit in keinem der beiden Länder dauerhafte Arbeitslosigkeit. Insbesondere die Situation im

Niedriglohnland ist gekennzeichnet von Arbeitskräfteknappheit, nicht aber von Arbeitskräfteüberfluß und Arbeitslosigkeit. Daß sich die Lohnentwicklung dort von der Produktivitätsentwicklung vorübergehend löst, ist Ausdruck von Arbeitskräftemangel und - unter Marktbedingungen - niemals mit dem Entstehen von Arbeitslosigkeit verbunden.

Das läßt für die Beurteilung der Situation der Arbeitsmärkte in Deutschland nur einen Schluß zu: Mit der Einführung der Währungsunion, also quasi einem Wechselkurs von 1 : 1 für alle laufenden Transaktionen, wurde in Ostdeutschland schon ein Lohnniveau fixiert, das die Wanderungsbereitschaft der Menschen in Ostdeutschland falsch eingeschätzt hat. Das explosionsartige Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zeigt, daß damit nicht ein Lohnniveau festgelegt wurde, das aufgrund der Mobilität von Arbeit notwendig gewesen wäre. Dem Grad der Mobilität hätte ein Wechselkurs und damit ein Lohnniveau in Ostdeutschland entsprochen, das dort eine Konstellation mit Arbeitskräfteknappheit erzeugt hätte. Doch selbst wenn dieser Anfangsirrturn aus vielen Gründen nicht zu vermeiden gewesen ist, dann bietet doch das Mobilitätsargument keinerlei Erklärung für das andauernde Auseinanderlaufen der Arbeitsmarktentwicklung in Ost und West. Sinkende Arbeitslosigkeit in Westdeutschland trotz Zuwanderung und steigende in Ostdeutschland trotz Abwanderung verlangt - den Marktgesetzen folgend - steigende Löhne in Westdeutschland und sinkende in Ostdeutschland um die Wettbewerbsverhältnisse auf den Gütermärkten und damit die Arbeitsmarktperspektiven in beiden Teilen einander anzunähern. Die Wanderung stoppen kann man dadurch freilich auch nicht<sup>3</sup>. Es ist aber eine falsche Sicht zu sagen, der Wanderungsprozeß könne durch eine rasche Lohnangleichung gestoppt werden, wenn unbestreitbar

---

<sup>3</sup> Man müßte hinzufügen: Weil Märkte nicht bestimmte Mengenbewegungen zum Stillstand bringen wollen, sondern ähnliche Bedingungen von Angebot und Nachfrage auf allen Märkten herzustellen tendieren.

ist, daß das Niedriglohnland dem Hochlohnland im Wettbewerb auf den Gütermärkten weit unterlegen ist und dadurch die Ausgangssituation von Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist. Das läßt sich an einem einfachen Modell leicht zeigen<sup>4</sup>.

#### **IV. Die Auswirkung der Lohnentwicklung auf Migration und Kapitalstockanpassung**

Die Situation der ostdeutschen Ökonomie ist, im Vergleich zu westlichen Industrieländern, gekennzeichnet durch einen alten unproduktiven Kapitalstock. Mittels dieses Kapitalstocks konnte nur produziert werden solange die Wirtschaft abgeschottet war. Bei einer offenen Volkswirtschaft ist ein neuer Kapitalstock zu schaffen, der Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Gütermärkten gewährleistet. Der Aufbau dieses neuen Kapitalstocks muß zunächst vom Westen finanziert werden, da die Kapitalbildung in Ostdeutschland nicht ausreichend sein kann solange kein sich selbst tragender Aufschwung in Gang kommt. Da der Industriestandort Ostdeutschland mit anderen Standorten konkurrieren muß, ist die Kapitalakkumulation in Ostdeutschland aber nicht unabhängig von den Bedingungen auf anderen Märkten. Der gewünschte Kapitalstock in Ostdeutschland hängt daher nicht nur vom Lohnniveau Ost sondern auch vom Lohnniveau West ab. Zusätzlich sind für die Investitionsentscheidungen aber auch andere Rahmenbedingungen, wie Infrastrukturausstattung, politische Stabilität, Gesetzgebung usw. relevant. Die Investitionsfunktion zur Darstellung der Kapitalakkumulation ist keynesianischen Ursprungs. Sie kann unter der Annahme

---

<sup>4</sup> Meckel, Jürgen (1990), Lohnpolitik als Instrument zur Eindämmung der deutschdeutschen Übersiedlung, Diskussionspapiere Serie II- Nr. 110, Sonderforschungsbereich 178, Universität Konstanz.

exogener Güterpreise und Finanzmarktzinssätze, konvexer Anpassungskosten mikrotheoretisch fundiert werden und hat etwa folgendes Aussehen<sup>5</sup>.

$$I = I(\bar{w} - w, \bar{c} - c)$$

+                    -

$\bar{w}$  sei das Lohnniveau des konkurrierenden Wirtschaftsraumes - hier Westdeutschland -  $w$  das Lohnniveau in Ostdeutschland. In  $\bar{c}$  bzw.  $c$  sind die sonstigen Rahmenbedingungen - als "State of the Nature" - zusammengefaßt, die für Investitionsentscheidungen relevant sind. Das Lohnniveau bestimmt bei gegebenen Preis und Zins das optimale Einsatzverhältnis von Kapital und Arbeit und beeinflußt so die Kapitalkumulation. Das Lohnniveau und die "States of the Nature" in Westdeutschland beeinflussen die Kapitalbildung in Ostdeutschland über die optimale Aufteilung der finanziellen Ressourcen zwischen Ost- und Westdeutschland. Zur Vereinfachung ist angenommen, die Differenz der jeweiligen Größen sei für die Investitionsentscheidung relevant. Die angegebenen Vorzeichen zeigen die komperativ-statischen Eigenschaften der Funktion. Langfristig führt so eine konstante Differenz der Lohnsätze zu einer konstanten Investitionsnachfrage in Ostdeutschland<sup>6</sup>.

---

<sup>5</sup> Modelle dieser Art sind selbstverständlich nicht geeignet, die wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen beiden Teilen Deutschlands unmittelbar adäquat abzubilden. Insbesondere die Annahme exogener Güterpreise ist generell nicht gerechtfertigt. Das Preisniveau in Westdeutschland paßt sich sicherlich - keynesianisch - an die Lohnentwicklung an. Gleichwohl lassen sich mit diesem Modell einige Grundzusammenhänge verdeutlichen, weil durch die Wettbewerbsverhältnisse auf dem Gütermarkt für Ostdeutschland das Preisniveau tatsächlich vorgegeben ist, so daß hier die neoklassischen Mechanismen voll greifen.

Zur mikrotheoretischen Fundierung der Investitionsfunktion vgl.: Söderström, H. T., (1976), *Production and Investment under Costs of Adjustment, A Survey*, Zeitschrift für Nationalökonomie 36, S. 369 - 388.

<sup>6</sup> Eine Differenz der Löhne von null führt nicht notwendigerweise zu Investitionen von null!



Mit zunehmender Kapitalakkumulation steigt die Summe der Abschreibungen und somit die der Ersatzinvestitionen. Der Steady-State ist erreicht (d.h. der Kapitalstock bleibt unverändert), wenn die Summe der Abschreibungen gerade den Investitionen entsprechen, die Nettoinvestitionen also gleich Null sind.

Der gewünschte Kapitalstock ist definiert durch:

$$K_i^*(\tilde{w} - w, \tilde{c} - c) = \frac{I_i(\cdot)}{\delta_i}, \quad i = 1, 2$$

Der Index 1 bezeichnet im folgenden den bestehenden Kapitalstock, der Index 2 den neu aufzubauenden Kapitalstock. Die Kapitalakkumulation erfolgt über eine einfache Akzeleratorgleichung:

$$K_i = \delta_i [K_i^*(\tilde{w} - w, \tilde{c} - c) - K_i], \quad i = 1, 2$$

$K_2$  zeichnet sich durch neue Technologie, höhere Kapitalproduktivität sowie ein höheres Kapital-Arbeits-Einsatzverhältnis aus (implizit resultiert daraus eine höhere Arbeitsproduktivität). Erweiterungsinvestitionen werden primär in den neuen Kapitalstock getätigt. Wie weiter unten beschrieben, wird in Bezug auf den alten Kapitalstock lediglich desinvestiert.

Die Migrationsentscheidung ist nicht lediglich durch die Differenz der Lohnhöhe zwischen Ost- und Westdeutschland determiniert. Vielmehr wird auch die Wahrscheinlichkeit eine Rolle spielen, durch ein Beschäftigungsverhältnis ein bestimmtes Einkommen zu erzielen. Relevant für die Modellierung einer Migrationsfunktion sind daher weniger die Lohn Differenz als vielmehr die

Unterschiede in den erwarteten Einkommen. Bestätigt wird diese Hypothese durch empirische Untersuchungen über die Arbeitskräftewanderung der sechziger und siebziger Jahre. Es zeigt sich, daß für die Arbeiterwanderung nach Westdeutschland, die Arbeitslosenquote und damit die Beschäftigungswahrscheinlichkeit sowohl im Heimatland als auch in der Bundesrepublik verantwortlich waren<sup>7</sup>. Zur Vereinfachung benutzen wir für das erwartete Einkommen das Produkt aus Lohn- und Beschäftigungsquote. Die Beschäftigungsquote wiederum ist der Quotient aus Arbeitsnachfrage (L) und Arbeitsangebot (N).

$$w \cdot \frac{L(w,K)}{N}$$

Folglich ist die Beschäftigungsquote gleich 1- Arbeitslosenquote. Kurzfristig ist die Arbeitskräftenachfrage bei einer gegebenen Kapitalausstattung durch die Höhe des Lohnsatzes fixiert. Langfristig bestimmt die Höhe des Lohnes die Kapitalausstattung und damit die Beschäftigung. Die Wirkungsrichtung ist bei beiden Variablen dieselbe. Die Arbeitsnachfrage hängt negativ vom Lohnsatz ab. Bei inflexiblen Löhnen ist das Ausmaß der Arbeitslosigkeit positiv mit der Höhe des Lohnsatzes korreliert. Damit ist die Entwicklung der erwarteten Einkommen bei Lohnänderungen nicht eindeutig (z. B. der Lohn steigt, die Arbeitsnachfrage geht zurück).

In welche Richtung sich das Produkt aus Lohnsatz und Beschäftigung bei einer Lohnerhöhung bewegt, hängt von der Elastizität des erwarteten Einkommens bezüglich einer Lohnsatzänderung ab. Wird das erwartete Einkommen in Beziehung zu dem Kapitalkostenanteil an den Gesamtkosten und zu der Faktorsubstitutionselastizität gesetzt, so kann gezeigt werden, daß bei gegebenem Kapitalstock die Wirkungsrichtung von Lohnänderungen auf das erwartete

---

<sup>7</sup> Vgl. Smolny, W., (1990) *Macroeconomic Consequences of International Labour Migration*, Diskussionspapier Serie II - Nr. 123, Sonderforschungsbereich 178, Universität Konstanz.

Einkommen von bestimmten Konstellationen dieser beiden Parameter abhängt<sup>8</sup>. Das erwartete Einkommen steigt infolge einer Lohnerhöhung, wenn die Summe aus Faktorsubstitutionselastizität und Kapitalkostenanteil positiv ist. Eine notwendige Bedingung dafür ist aber, da der Kapitalkostenanteil zwischen null und eins liegt, daß die Faktorsubstitutionselastizität größer als -1 ist. Änderungen des Lohn-Zinsverhältnisses bewirken in diesem Fall nur geringe Änderungen des Einsatzverhältnisses von Kapital und Arbeit, d.h. das Rationalisierungspotential der Wirtschaft in dieser Situation ist gering. Bei für den ostdeutschen Wirtschaftsraum plausiblen Werten dieser beiden Parameter allerdings - nämlich einem hohen Rationalisierungspotential und relativ geringem Kapitalkostenanteil - wird der positive Effekt einer Lohnsatzerhöhung auf das erwartete Einkommen durch den negativen Effekt der geringeren Beschäftigungswahrscheinlichkeit überkompensiert. Bei dieser Konstellation steigt zwar das absolute Lohnniveau, aber die erwarteten Einkommen sinken.

Die Arbeitskräftewanderung wird durch folgende Funktion modelliert ( $\dot{N} > 0$  bedeutet Abwanderung aus Ostdeutschland):

$$\dot{N} = \lambda \left[ w \cdot \frac{L(w,K)}{N} - \bar{w} \bar{b}(N) \right]$$

$$\lambda > 0$$

$$\bar{b}'(N) > 0$$

$\bar{b}(N)$  ist die Beschäftigungsquote in Westdeutschland. Sie hängt positiv von der Zahl der Personen ab, die in Ostdeutschland als Arbeitsanbieter auftreten; d.h. je mehr Arbeitskräfte von Ost- nach Westdeutschland wandern umso geringer

---

<sup>8</sup> Vgl. Meckel 1990, (Anm. 4).

ist die Beschäftigungswahrscheinlichkeit (-quote) in Westdeutschland aufgrund des zusätzlichen Arbeitskräfteangebotes.

Damit wird deutlich, daß die Abwanderung von Arbeitskräften aus Ostdeutschland durch eine Angleichung des Lohnsatzes an das westdeutsche Niveau nicht zu verhindern ist. Es steigt zwar das Lohnniveau in Ostdeutschland. Durch die geringere Arbeitskräftenachfrage aufgrund der gestiegenen Löhne sowie durch den niedrigeren Kapitalstock<sup>9</sup> sinkt die Beschäftigungswahrscheinlichkeit. Entscheidend für die Arbeitskräftewanderung ist die Differenz der erwarteten Einkommen zwischen Ost- und Westdeutschland. Diese Differenz wird aber größer, da die erwarteten Einkommen in Ostdeutschland gesunken sind.

Das Modell beinhaltet somit drei Bewegungsgleichungen: eine zur Darstellung der Migration und der sie auslösenden Situation des Arbeitsmarktes sowie zwei Gleichungen für die Kapitalstockentwicklung des alten und neuen Kapitalstocks. Das langfristige Gleichgewicht des Systems, d.h. Stillstand der Arbeitskräftewanderungen zwischen Ost und West sowie ein konstanter Kapitalstock läßt sich grafisch in einem Phasendiagramm wie in Abb. 3 im K-N-Raum darstellen. Die Gleichgewichtswerte von Kapitalstock und Arbeitsangebot  $K^*_1$  und  $N^*$  ergeben sich im Schnittpunkt der  $\dot{K}=0$ - und  $\dot{N}=0$ -Linien. Die eingezeichneten Pfeile zeigen die dynamischen Eigenschaften der Größen bei Abweichungen von ihren Steady-State-Werten. Rechts der Geraden  $\dot{N} = 0$  ist das erwartete Einkommen in Ostdeutschland geringer als in Westdeutschland, beispielsweise durch ein geringes Lohnniveau oder infolge von Arbeitslosigkeit. Durch die Differenz in den erwarteten Einkommen wird Arbeitskräftewanderung ausgelöst und zwar von Ost- nach Westdeutschland. In Ostdeutschland verringert sich dadurch die arbeitsfähige Bevölkerung und das Arbeitsangebot ( $\dot{N} < 0$ ). Die Abwanderung hält an, bis die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland soweit gesunken und in Westdeutschland gestiegen ist, daß es über den Ausgleich der erwarteten

---

<sup>9</sup> Der langfristig gewünschte Kapitalstock hängt negativ vom ostdeutschen Lohnsatz ab, und beeinflusst so über die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze ebenfalls die Arbeitskräftenachfrage und die Beschäftigungsquote.

Einkommen zu einem Abwanderungsstopp kommt. Links der  $\dot{N} = 0$ -Geraden ergibt sich die umgekehrte Situation. Das Arbeitsangebot steigt durch Zuwanderung solange bis die Unterschiede der erwarteten Einkommen ausgeglichen werden und das Arbeitsangebot wieder konstant ist ( $\dot{N} = 0$ ). Vergleichbares gilt für Punkte abseits der  $\dot{K}_i = 0$ -Geraden. Bei Punkten oberhalb von  $\dot{K}_i = 0$  ist der gewünschte Kapitalstock kleiner als der tatsächliche. Die Anpassung an das neue Gleichgewicht ist geprägt durch Desinvestitionen. Entsprechend wird bei Punkten unterhalb von  $\dot{K}_i^*$  solange investiert bis der neue gewünschte Kapitalstock erreicht ist.

Durch implizites Differenzieren erhalten wir die Steigungen der Geraden

$$\left. \frac{\partial K_i}{\partial N} \right|_{\dot{K}_i = 0} = 0 \qquad \left. \frac{\partial K_i}{\partial N} \right|_{\dot{N} = 0} > 0$$

Die komparativ statischen Eigenschaften der beiden Kurven bei Veränderungen der Löhne ergeben sich gemäß

$$\left. \frac{\partial K_i}{\partial w} \right|_{\dot{K}_i = 0} = \frac{\partial K^* (\cdot)}{\partial (\bar{w} - w)} \cdot \frac{\partial (\bar{w} - w)}{\partial w} = \frac{\partial K^* (\cdot)}{\partial (\bar{w} - w)} \cdot (-1) < 0$$

$$\left. \frac{\partial K_i}{\partial \bar{w}} \right|_{\dot{K}_i = 0} = \frac{\partial K^* (\cdot)}{\partial (\bar{w} - w)} \cdot \frac{\partial (\bar{w} - w)}{\partial \bar{w}} = \frac{\partial K^* (\cdot)}{\partial (\bar{w} - w)} > 0$$

$$\left. \frac{\partial N}{\partial w} \right|_{\dot{N} = 0} = \frac{\frac{L}{N} + \frac{w}{N} \cdot \frac{\partial L}{\partial w}}{w \frac{L}{N^2} + \bar{w} b'} < 0$$

falls die Elastizität des erwarteten Einkommens bezüglich Änderungen des Lohnes negativ ist.

Durch die Einführung der D-Mark mit einem Kurs von 1 : 1 sowie der Öffnung der Grenzen wurde ein Teil des bestehenden Kapitalstocks ( $K_1$ ) schlagartig obsolet, d.h., wir befinden uns in Abb. 4 in einem Punkt oberhalb von  $\dot{K}_1 = 0$ . Der Kapitalstock, der mit dem nun relevanten Lohnsatz sowie dem neuen Preis- und Zinsniveau kompatibel ist, ist geringer als der bisherige Kapitalstock, weil viele Anbieter weder preislich noch qualitativ mit westlichen Anbietern mithalten können. Die Ausgangssituation kann daher durch den Punkt A in Abb. 4 beschrieben werden. Durch den Wegfall der Grenzanbieter ist die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze geringer geworden; Arbeitslosigkeit ist die Folge. Die Situation im Punkt A ist durch eine positive Differenz der erwarteten Einkommen zwischen Ost- und Westdeutschland gekennzeichnet. Der Anpassungsprozeß an das neue Gleichgewicht B vollzieht sich über negative Nettoinvestitionen und ständige Abwanderungen.

Durch die ausgeprägten Lohnerhöhungen verringert sich der alte Kapitalstocks  $K_1^*$  weiter. Eine Produktion ist mit diesem Kapitalstock nicht mehr profitabel möglich. Zur Vereinfachung sei angenommen, die Höhe des Kapitalstocks aus früheren Beständen sei gleich Null (vgl. Abb. 4).

Für ein Lohnniveau, das in etwa dem des Westens entspricht, ist dann auch ein dem Westen vergleichbarer Kapitalstock mit einer entsprechend hohen Kapitalintensität notwendig. Würde kein frisches Kapital nach Ostdeutschland fließen, so läge das neue Gleichgewicht in C. Der Kapitalstockabbau wird von einer ständig steigenden Arbeitslosigkeit begleitet, die die erwarteten Einkommen senkt und eine fortgesetzte Abwanderung bewirkt.

Das bedeutet, daß zusätzlich zu dem bestehenden Kapitalstock, der durch monotonen Kapitalstockabbau gekennzeichnet ist, ein neuer Kapitalstock aufgebaut werden muß. Dieser neue Kapitalstock besitzt eine höhere Kapitalintensität. Jedes Beschäftigungsniveau ist daher mit einem höheren Kapitalstock als ursprünglich verbunden. Zu dem alten gewünschten Kapitalstock  $K_1^* = 0$  muß ein neuer Kapitalstock  $K_2^*$  addiert werden. Auf die Höhe des aggregierten

Kapitalstocks im Verlauf des Anpassungsprozesses von A nach D wirken daher gleichzeitig zwei gegenläufige Kräfte ein. Der aggregierte Kapitalstock sinkt, solange die negativen Nettoinvestition im alten Kapitalstock größer sind als Nettoinvestitionen in den neuen Kapitalstock. Diese Abnahme des aggregierten Kapitalstocks ist dargestellt durch die nach unten gerichteten Pfeile in Abb. 4 ( $(\dot{K}_1 + \dot{K}_2) < 0$ ). Nach oben gerichtete Pfeile zeigen entsprechend den wachsenden aggregierten Kapitalstock an. Durch den höheren Lohnsatz  $w_1$  verschiebt sich die  $\dot{N} = 0$ -Gerade nach links.

Der Anpassungsprozeß ist gekennzeichnet durch Arbeitslosigkeit und temporäre Abwanderung. Zu Beginn der Anpassung gehen mehr Arbeitsplätze verloren als neue geschaffen werden. Die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit führt zu geringeren erwarteten Einkommen. Die steigende Differenz der erwarteten Einkommen zwischen Ost- und Westdeutschland bewirkt eine Verringerung des Arbeitsangebotes durch Abwanderung ( $N$  sinkt). Das System bewegt sich ausgehend von B nach links und nach unten in Richtung auf C. Im Zuge des Aufbaus des neuen Kapitalstocks werden verstärkt neue Arbeitsplätze geschaffen. Der Abbau des aggregierten Kapitalstocks verringert sich. Die Beschäftigungswahrscheinlichkeit steigt wieder. Da die Beschäftigungswahrscheinlichkeit in Westdeutschland durch die stetige Zuwanderung gesunken ist und gleichzeitig im Zuge der Schaffung neuer Arbeitsplätze die Wahrscheinlichkeit in Ostdeutschland steigt eine Beschäftigung zu finden, verringert sich die Differenz der erwarteten Einkommen. Es kommt zur Rückwanderung von West- nach Ostdeutschland.  $N$  steigt wieder. Der Anpassungsprozeß bei dieser Konstellation - monotoner Kapitalstockabbau von  $K_1$  auf Null sowie Aufbau des neuen Kapitalstocks  $K_2^*$  - verläuft von A nach D.

Die Beschäftigungskrise während des Anpassungsprozesses wird daher umso tiefer sein, je langsamer der neue Kapitalstock aufgebaut und je schneller der alte Kapitalstock abgebaut wird. Der Abbau des alten Kapitalstocks ist exogen durch die Abschreibungsrate vorgegeben. Eine Möglichkeit, den Umstrukturie-

rungsprozeß beschäftigungspolitisch abzufedern liegt darin, die Lebensdauer des alten Kapitalstocks künstlich zu verlängern und dadurch die Beschäftigung mit diesem alten Kapitalstock zu stabilisieren. Dies ist allerdings nicht kostenlos. Eine Subventionierung von Teilen der Wirtschaft in Ostdeutschland ist aber aus sozialpolitischen Gründen wohl unumgänglich, solange eine noch ungenügende Zahl von Arbeitsplätzen durch den neuen Kapitalstock geschaffen wird. Aber auch in Hinblick auf die Sicherung des zukünftigen Industriestandortes Ostdeutschland erscheint die Subventionierung von Arbeitsplätzen notwendig, um den Verlust von technischem Wissen und den Verlust der Arbeitsfähigkeit durch Arbeitslosigkeit zu minimieren. Allerdings muß dabei sichergestellt werden, daß die Subventionierung zeitlich begrenzt wird, um den Zwang zur Umstrukturierung der Wirtschaft nicht zu verringern.

Die Analyse mit diesem Modell hat eines deutlich gezeigt. Die hohen Lohnzuwächse können die Abwanderung von Arbeitskräften nicht stoppen. Sie verringern zwar die Differenz des Einkommensniveaus zwischen Ost- und Westdeutschland, gleichzeitig sinkt aber auch die Arbeitsnachfrage in Ostdeutschland. Die entstehende Arbeitslosigkeit senkt die erwarteten Einkommen, die jedoch für die Wanderungsentscheidung relevant sind. Längerfristig führen höhere Löhne zu einer geringeren Kapitalakkumulation in Ostdeutschland. Dadurch entstehen weniger Arbeitsplätze.

Das Argument, durch geringeres Lohnwachstum in Ostdeutschland würde der Strukturwandel verzögert, so daß auch Betriebe mit niedriger Wertschöpfung überleben werden, berücksichtigt nicht, daß durch hohe Lohnzuwächse dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit aufgrund zu geringer Kapitalakkumulation möglich ist. Jede moderne Volkswirtschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß der aggregierte Kapitalstock aus mehreren "Jahrgängen" mit unterschiedlicher Kapitalintensität und unterschiedlicher Produktivität besteht. Ältere "Jahrgänge" werden in einem stetigen Prozeß durch neue "Jahrgänge" ersetzt. Die durchschnittliche Produktivität steigt daher bei einer kontinuierlichen Investitionstätigkeit jeweils bei dem Austausch einer alten Maschinengeneration durch eine neue an. Die Produktivi-



tät der älteren "Jahrgänge" ist jedoch hoch genug, um eine ausreichend hohe Zahl von Arbeitsplätzen zu gewährleisten. Die Beschäftigung verteilt sich so auf die unterschiedlichen Maschinengenerationen. Im Falle der ostdeutschen Wirtschaft ist diese Möglichkeit des kontinuierlichen Umbaus der Maschinenparks in der gegebenen Situation, d.h. alter Kapitalstock und hohe Lohnsteigerungen, aber verbaut worden. Für ein den westlichen Löhnen vergleichbares Lohnniveau muß der Kapitalstock von Anfang an neu aufgebaut werden. Dadurch entstehen die erheblichen finanziellen Aufwendungen. Der Strukturwandel kann nicht aus der laufenden Produktionstätigkeit finanziert werden. Für die berufstätigen Menschen steht im Verlauf des Aufbaus eine nicht ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen zur Verfügung.

Es gab in jüngster Zeit eine Vielzahl von Vorschlägen, um dem Dilemma zwischen Abwanderung durch große Einkommensunterschiede und Abwanderung durch steigende Arbeitslosigkeit im Osten zu entgehen. Ein Vorschlag läuft darauf hinaus, durch Lohnzurückhaltung im Westen den Einkommensrückstand zu verringern. Bei Betrachtung der Wanderungsgleichung

$$\dot{N} = \lambda \left[ w \cdot \frac{L(w, K)}{N} - \bar{w} \bar{b}(N) \right]$$

wird jedoch deutlich, daß dadurch zwar der zweite Ausdruck der eckigen Klammer kleiner wird, gleichzeitig sinkt aber auch die Arbeitsnachfrage in Ostdeutschland, da sie von der Höhe des Kapitalstocks abhängt. Der wiederum hängt, wie oben gezeigt, implizit vom Lohnniveau in Westdeutschland ab ( $K_i^*(\bar{w} - w, \bar{c} - c)$ ) und zwar mit positivem Vorzeichen. Der linke Ausdruck der eckigen Klammer sinkt also ebenfalls.

Ein geringeres Lohnniveau in Westdeutschland erhöht folglich die Attraktivität des Industriestandortes Westdeutschland<sup>10</sup>. Es wird entsprechend mehr Kapital im Westen und weniger im Osten investiert. Durch das sinkende Lohnniveau in Westdeutschland sinkt zwar das erwartete Einkommen in Westdeutschland<sup>11</sup>, gleichzeitig sinkt aber auch das erwartete Einkommen in Ostdeutschland durch die geringere Kapitalakkumulation. Der Gesamteffekt ist unbestimmt. Je stärker die Investitionen in Ost- und Westdeutschland auf den Lohnverzicht der westdeutschen Arbeitnehmer reagieren, d.h. je weniger in Ostdeutschland und je mehr in Westdeutschland investiert wird, umso kleiner ist der gewünschte Kapitalstock in den neuen Bundesländern und umso geringer sind die Beschäftigungsquote und die erwarteten Einkommen. Dies führt aber tendenziell wieder zu steigender Abwanderung. Durch Lohnverzicht kann daher zwar die Abwanderung möglicherweise gebremst werden, er führt aber längerfristig zu einer geringeren Zahl von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland. Eine positive und genügend große Lohndifferenz zwischen Ost- und Westdeutschland für eine längere Zeit ist eine Voraussetzung dafür, daß Kapital nach Ostdeutschland fließt.

Ein weiterer Vorschlag zielt darauf ab, über Lohnsubventionen einen gespaltenen Lohnsatz in Ostdeutschland zu schaffen. Dies würde einerseits einen geringeren Produktlohn für die Unternehmen gewährleisten, zum anderen aber zu einer Stabilisierung der erwarteten Einkommen und dadurch zu geringerer Abwanderung führen. Diese an sich bestechende Lösungsmöglichkeit wird aber vor allem durch zwei Argumente unterhöhlt: Zunächst ist zu bedenken, daß durch

---

<sup>10</sup> Auch die explizite Einbeziehung der Gewinne in die Investitionsfunktion würde an diesem Ergebnis nichts ändern. Die Wirkungsrichtung wäre dieselbe, da bei einem Zurückbleiben der Lohnentwicklung hinter der Produktivitätsentwicklung der Gewinn in Westdeutschland steigen würde und dadurch die Investitionsanreize in Westdeutschland ebenfalls größer würden.

<sup>11</sup> Bei für Westdeutschland realistischen Konstellationen von Substitutionselastizität und Kapitalkostenanteil - nämlich relativ geringe Substitutionselastizität und hoher Kapitalkostenanteil - ist die Elastizität des erwarteten Einkommens auf Änderungen der westdeutschen Lohnes im Gegensatz zur Situation in Ostdeutschland positiv.

Transfers dieser Art zwar der Konsum gestärkt, aber für investive Zwecke Kapital gebunden wird. Zudem hätten die notwendigen finanziellen Aufwendungen nicht unerhebliche Auswirkungen auf den gesamtdeutschen Staatshaushalt und dadurch auf die Kapitalmärkte. Entscheidend aber ist, daß diese Lohnsubvention voraussichtlich von den Tarifparteien antizipiert bzw. in ihre Verhandlungen einbezogen würde. Diese "moral-hazard"-Situation könnte zu noch höheren Lohnabschlüssen führen. Dann bliebe entweder trotz Subventionierung die Lohndifferenz ungenügend, um wettbewerbsfähige Strukturen entstehen zu lassen, oder es entstünde ein Dauersubventionsbestand ungeheuren Ausmaßes.

Lohnsubventionen werden aber (im Prinzip) schon jetzt geleistet. Ohne Lohnsubventionen, finanziert durch von der Treuhandanstalt verbürgte Kredite bzw. durch die Finanzierung der Kurzarbeit "Null" von Seiten der Bundesanstalt für Arbeit, wäre der Abbau der Beschäftigung in Ostdeutschland viel drastischer gewesen als er tatsächlich eingetreten ist.

Neben der Lohndifferenz beeinflussen aber auch die Unterschiede der unternehmerischen Rahmenbedingungen ( $\bar{c} - c$ ) - die "States of the Nature" - die Investitionsentscheidung. Diese Unterschiede, beispielsweise der Infrastruktur, müssen so schnell wie möglich ausgeglichen werden. Auch bei einer großen Differenz der Löhne kann es nämlich dadurch zu Investitionshemmnissen kommen, daß schlechtere Rahmenbedingungen in Ostdeutschland den noch bestehenden Lohnkostenvorteil dominieren. Insofern gibt es immer eine unmittelbar negativ zu Buche schlagende Komponente, wenn knappes öffentliches Geld für Subventionen anstatt für Infrastrukturmaßnahmen aufgewendet wird.

Wenn man aber annimmt, daß sich die Unterschiede der Löhne zwischen Ost- und Westdeutschland rasch nivellieren, ist in der Industrie ein Kapitalstock notwendig, der - in Bezug auf die Arbeits- und Kapitalproduktivität und das Kapital- Arbeits- Einsatzverhältnis - dem westdeutschen Kapitalstock entspricht;

d.h., für einen durchschnittlichen Arbeitsplatz in der Industrie ist in Ostdeutschland ein Kapitaleinsatz von etwa 250 000 DM notwendig. In der Industrie der früheren DDR waren etwas mehr als 3 Mill. Menschen beschäftigt. Der Anteil der Beschäftigten in der Industrie wird jedoch - gemessen an der Situation von 1989 - auch langfristig geringer sein. Wenn sich in Ostdeutschland ähnliche Beschäftigungsstrukturen herausbilden wie in Westdeutschland, so müssen im Industriesektor für etwas mehr als 2 Mill. Menschen Arbeitsplätze geschaffen werden. Dafür ist - bei 250 000 DM pro Arbeitsplatz - ein Kapitaleinsatz von etwa 500 Mrd. DM notwendig.

Im Verlauf des Jahres 1991 werden voraussichtlich Direktinvestitionen in der Gesamtwirtschaft von 20 Mrd. DM getätigt werden. Insgesamt dürfte die Investitionstätigkeit in der Industrie bei nur geringen Investitionen der bestehenden ostdeutschen Unternehmen weit unter 50 Mrd. DM liegen. Das heißt, bei rascher Angleichung der Löhne an das Westniveau ist eine enorme Verstärkung des Kapitalflusses selbst dann notwendig, wenn - ohne Berücksichtigung von Preissteigerungen und weiter steigenden Kapitalintensität im Westen - in etwa einem Jahrzehnt eine wirtschaftliche Fundierung der Lohnentwicklung möglich sein soll. Dieses Kapital könnte sicher nur zu einem verschwindend geringen Teil in Ostdeutschland selbst gebildet werden, denn während des gesamten Übergangsprozesses gibt es dort kaum Gewinnchancen für einheimische Investoren und bestehende Unternehmen. Die westdeutsche Industrie investiert pro Jahr in Westdeutschland etwa 120 Mrd. DM. Wie es möglich sein sollte, nur 50 Mrd. über den Zeitraum eines Jahrzehnts hier zu mobilisieren, entzieht sich jedem rationalen Kalkül.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich recht eindeutig, daß die Strategie einer raschen Lohnangleichung die wirtschaftlichen Möglichkeiten der gesamten Bundesrepublik erheblich überfordert, denn es ist auch undenkbar, daß der Staat über einen so langen Zeitraum die erforderlichen hohen Transfers leisten kann, ohne an Grenzen seiner Finanzierungsmöglichkeiten in der einen oder anderen Form zu stoßen. Kommt es nicht zu einem raschen Umdenkungsprozeß bei allen

Beteiligten, ist nicht auszuschließen, daß das Experiment "Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion" schon in recht kurzer Zeit als gescheitert angesehen werden muß.

### Fazit

Ein solches Ergebnis drängt zu der Frage, ob es Alternativen zu diesem Experiment gegeben hätte. Das ist eine sehr schwierige, vielleicht aber auch müßige Frage. Entscheidend ist im nachhinein nicht, ob und unter welchen externen Rahmenbedingungen ein eigener Weg der DDR in die Gemeinschaft mit der Bundesrepublik möglich gewesen wäre, sondern auch hier, ob und wie die Menschen auf diesen Weg vorbereitet worden wären. Jedes dieser Experimente wäre zum Scheitern verurteilt gewesen, hätten die Menschen nicht die Geduld aufgebracht, die notwendig ist, um dem realen Rückstand ihrer Volkswirtschaft in der Übergangsphase Rechnung zu tragen. Daß viele zu ungeduldig sein würden, war nicht zu ändern. Der entscheidende Irrtum der Politik war der Glaube, mit der Verwirklichung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion die Wanderungsbewegung stoppen zu können. Weil nicht verstanden worden war, daß die Ungeduldigen nicht aufzuhalten sind, hat man auch bei den Geduldigen falsche Erwartungen geweckt. Wo Aufklärung über wirtschaftliche Zusammenhänge vieles bewirkt hätte, wurde Wunschdenken erzeugt. Wo Warnungen vor zu großen Erwartungen angebracht gewesen wäre, wurden "Geschenke" versprochen. Wo kühler Sachverstand am Platz gewesen wäre, wurden Emotionen geweckt.

Eine Währungsunion und die rasche politische Vereinigung der beiden deutschen Staaten mögen unumgänglich und letztlich richtig gewesen sein, die konkrete Umsetzung war von vielen Fehldeutungen und Inkonsistenzen geprägt. Weder in Ost- noch in Westdeutschland wurde in ausreichendem Maße versucht, den Menschen die wirtschaftlichen Implikationen eines solchen Schrittes so klar vor Augen zu führen, daß sie selbst die Wirkung ihres eigenen Verhaltens hätten abschätzen können. Insbesondere in Ostdeutschland wäre das notwendig

gewesen. Nach 40 Jahren wirtschaftlicher Konfusion hatte kaum jemand dort die Chance, zu verstehen, was die Entscheidung für die D-Mark als gemeinsame deutsche Währung bedeutet. Vielen schien dies sicherlich der Weg zu sein, um rasch westdeutschen Lebensstandard zu erreichen. Daß der Austausch von Währungen dies nicht bewirken - unter ungünstigen Umständen ja sogar behindern kann -, erfährt man aber leider nicht bei Demonstrationen und im Wahlkampf.

Das Ergebnis des deutschen Vereinigungsprozesses ist unter dem Gesichtspunkt demokratischer Legitimation ambivalent. Zwar haben die Menschen in Ostdeutschland im vergangenen Jahr mehrfach entsprechend demokratischer Spielregeln gewählt. Eine echte Wahl aber hatten sie nicht, weil ihnen nicht dargelegt wurde, und es dadurch nur sehr schwer zu verstehen und zu durchschauen war, welche Programme mit welchen Konsequenzen zur Wahl standen. Demokratie kann sich nicht in der Festschreibung von Verfahrensregeln erschöpfen. Unabdingbar ist, daß die Wähler eine Idee davon haben, was zur Wahl steht. In normalen Zeiten allmählicher Wandlungen mag das auch ohne besondere politische Anstrengungen gewährleistet sein. In Umbruchsituationen ist das anders.

Tabelle 1

**Arbeitsmarktzahlen Ost- und Westdeutschland  
im Vergleich im März 1991**

	Ost	West
Veränderung der Erwerbstätigkeit in vH gegenüber Vorjahr <sup>1)</sup>	- 14,0	3,1
Arbeitslose in 1000 Personen	808	1 731
Arbeitslosenquote <sup>2)</sup>	9,2	5,8
Kurzarbeiter in 1 000 Personen	2 001	139
Durchschnittlicher Arbeitsausfall pro Kurzarbeiter	56 vH	-
Vollzeit Äquivalent der Kurzarbeit in 1 000 Personen	1 120	-
Korrigierte Arbeitslosenquote	22 vH	
offene Stellen in 1 000	21	341
in vH der zivilen Erwerbspersonen	0,24	1,14
Arbeitslose pro offene Stelle	39	5

<sup>1)</sup> Im Durchschnitt des zweiten Halbjahres 1990, Inlandskonzept

<sup>2)</sup> Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen.

Abb. 1: Arbeitslosenquote und bereinigte Arbeitslosenquote in Ostdeutschland, Juli 1990 bis April 1991

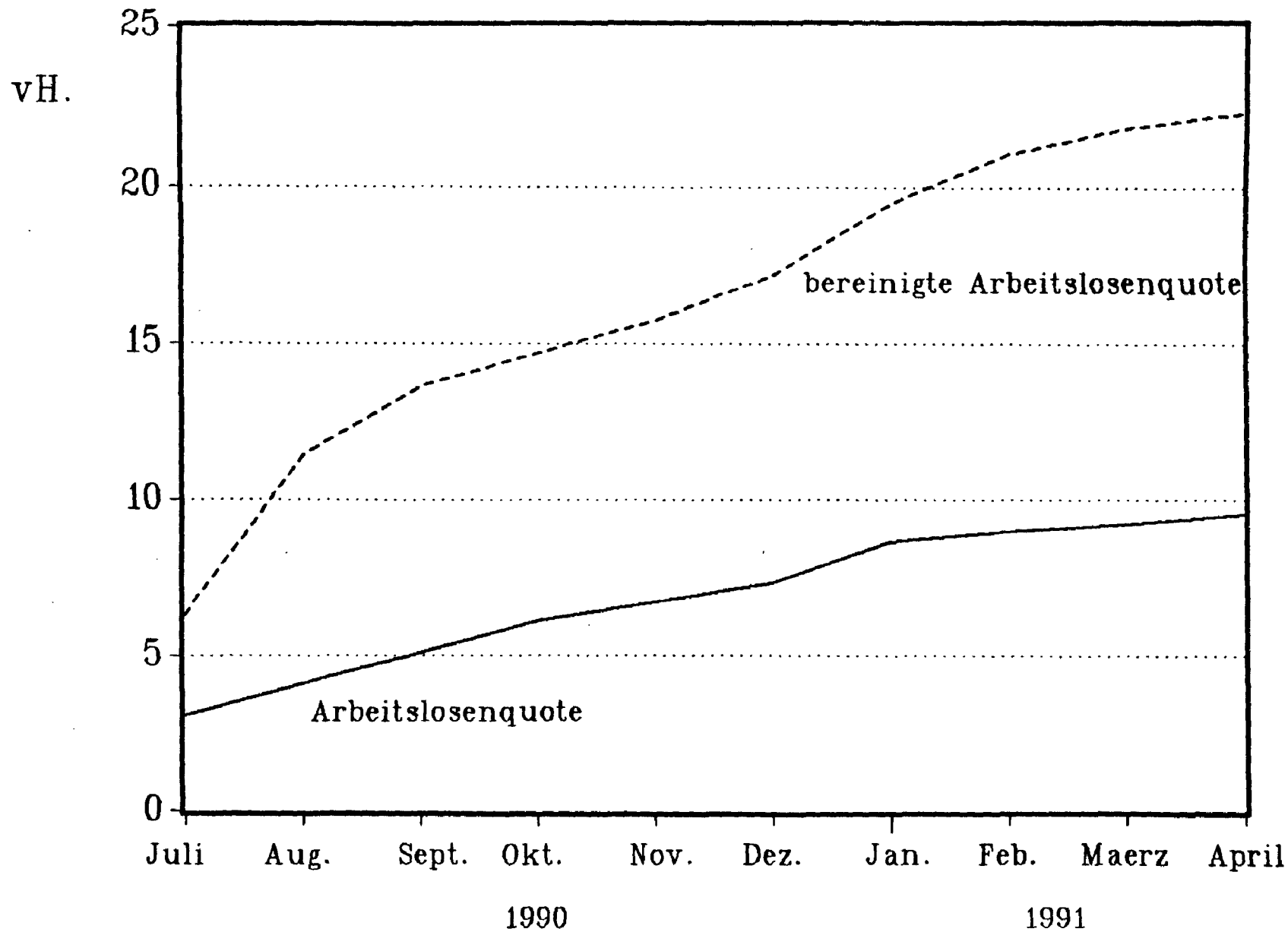
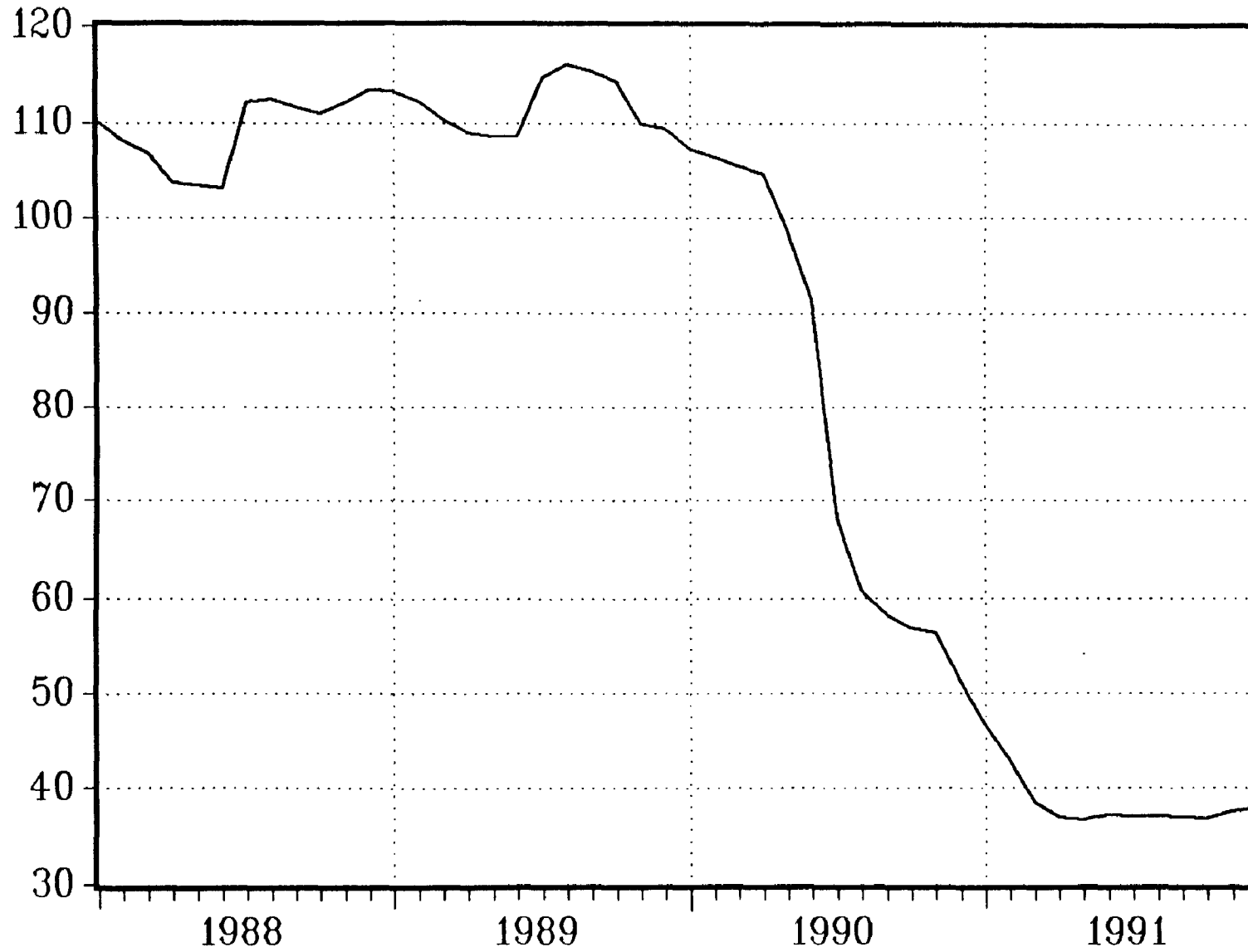




Abb. 2: Industrieproduktion in Ostdeutschland\*  
arbeitstaeglich bereinigt - 1985 = 100



\* 1991 geschätzt

Abb. 3

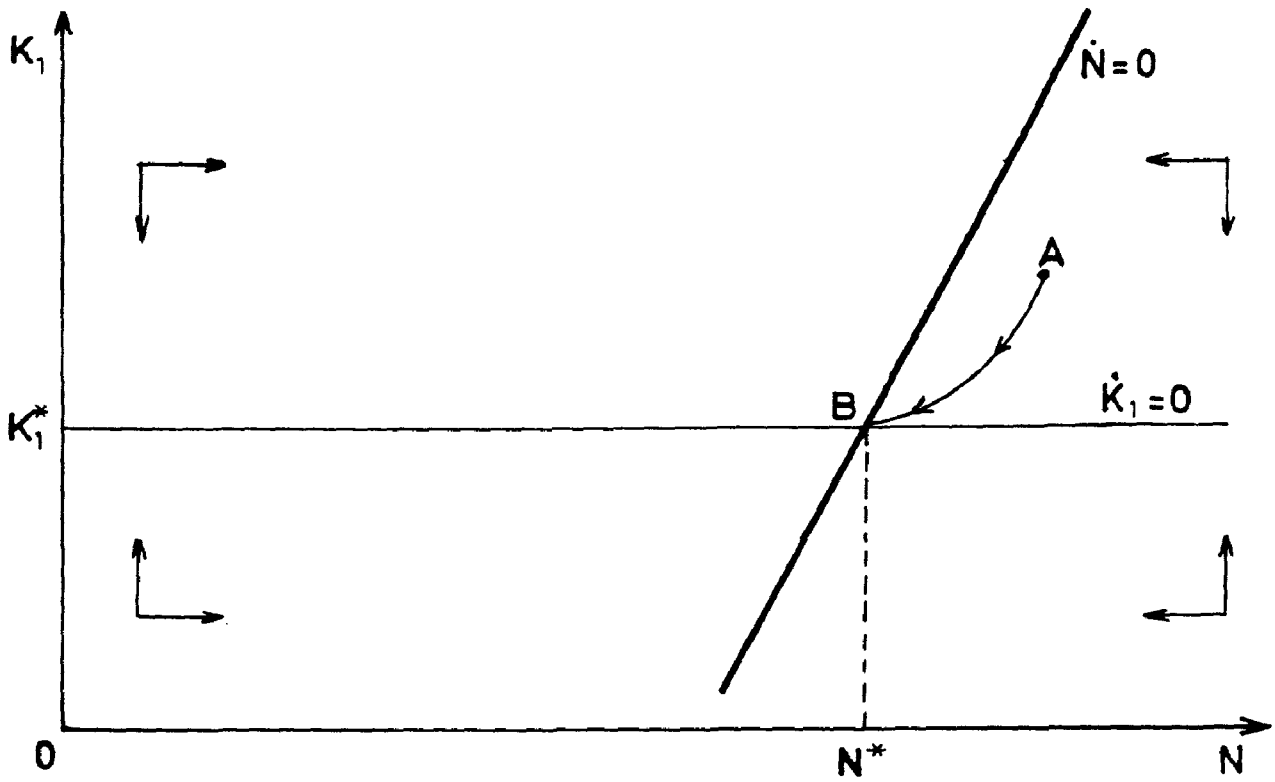


Abb. 4

